Entbürokratisierung: magisches Wort oder Illusion?

Sabine Schumann, stellvertretende Bundesvorsitzende

Oder nehmen wir den Polizeibeauftragten, wie er für die Bundespolizei etabliert werden soll. Hier wird genau genommen eine neue Behörde geschaffen. Eine, die sowohl politische als auch richterliche Funktionen übernimmt und damit die Gewaltenteilung umgeht.

Sabine Schumann,
stellvertretende Bundesvorsitzende

© Windmüller

Wer im politischen Geschehen aktuell sein möchte, darf das Thema „Entbürokratisierung“ nicht vernachlässigen. Es ist ein fester Bestandteil des politischen Sprachgebrauchs, insbesondere wenn es um den öffentlichen Dienst geht. Und mit der Zielsetzung der Entbürokratisierung ist oft auch Kritik eingeschlossen, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu langsam, zu umständlich und zu bürokratisch arbeiten würden. Manchmal kann man darüber schmunzeln, wenn diese Botschaften von Personen aus der Politik abgesondert werden, bei denen berechtigte Zweifel bestehen, ob sie überhaupt ein Auswahlverfahren für den öffentlichen Dienst bestehen würden.

Es wird dabei oft verschwiegen, dass sich die Beschäftigten im öffentlichen Dienst an Gesetze, Vorschriften und Verordnungen halten müssen. Also an die Bestimmungen, die genau von denselben Politikerinnen und Politikern gemacht wurden. Sie kritisieren damit das Einhalten von Recht und Gesetz, was ja ein bedeutendes Prinzip des Rechtsstaates und ein wesentlicher Bestandteil unserer verfassungsmäßigen Ordnung ist. Ziemlich grotesk, wie ich finde. Die Politik zeigt uns hingegen, dass es auch anders geht. Verfassungswidrige Haushalte werden verabschiedet, es gibt Tausende Klagen, um eine gerechte Besoldung vor Gericht zu erstreiten. Sogar Positionen im öffentlichen Dienst wurden bereits ohne Einhaltung der dienstlichen Vorschriften besetzt oder sogar „Projekte“ vergeben. Wenn also der gesamte Staat so funktionieren soll, dann wird Deutschland eher zur Bananenrepublik.

Ebenso grotesk liest sich das „Bundesdisziplinargesetz“: Es erlaubt, Beamte mithilfe von einfachen Verwaltungsakten ohne gerichtliche Überprüfung aus dem Dienst zu entlassen und sie somit mit ihren Familien an den sozialen und gesellschaftlichen Rand oder gar ins Abseits zu drängen. Allein Verdachtsmomente werden zum Maßstab, somit weicht der Rechtsstaat einer gewissen Willkür. Oder neudeutsch: Es wird „unbürokratisch“ bearbeitet.

Zu Recht haben die Ministerpräsidenten der CDU im Bundesrat ein Vorhaben des Justizministers gestoppt, wonach sogar Rasenmäher und Gabelstapler versicherungspflichtig werden sollten. Als es aber um den Polizeibeauftragten ging, da waren allerdings beinahe alle damit einverstanden, bis auf Bayern. Ich frage mich dabei, wo hier die Prioritäten liegen. Wenn es um die Belange der Polizeibeschäftigten geht, da lassen sich unverkennbar die Regierungschefs der CDU gerne mal zu Handlangern der Ampelkoalition machen. So schreckte man auch nicht davor zurück, einen hochrangige Beamten, einen Behördenleiter, aufgrund einer medialen Attacke durch einen TV-„Satiriker“ seines Amtes zu entheben. Einige werden es kaum erwarten können, Polizeibeschäftigte aus dem Dienst zu entfernen, wenn sich zuvor ein paar anonyme „Autorenteams“ abwegige Verdachtsmomente aufgeschrieben und dann darüber hergemacht haben.

Wenn also eine Forderung nach „Entbürokratisierung“ laut wird, dann sollte grundsätzlich eine konkrete Maßnahme folgen, was wir in Zukunft nicht mehr umsetzen sollen. Nicht zu vergessen, die Gesetze entsprechend zu ändern. Es ist keine Staatskunst, Gesetze zu erlassen und dann uns, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, dafür zu kritisieren, dass wir uns genau an diese Gesetze, Verordnungen und Vorschriften halten. Für mich ist es schlimme Agitation auf unsere Kosten. Wir, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, arbeiten nach Recht und Gesetz, nicht nach politischer Großwetterlage. Wer von Entbürokratisierung spricht oder anders, Bürokratie abschaffen möchte, der muss auch ganz klar sagen, dass er Demokratie und Rechtsstaatlichkeit von Grund auf verändern will und damit genau diese Grundsätze anprangert. —